

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Deals mit Flüssig-Erdgas: Die brisante Solonummer von Olaf Scholz](#)
2. [Ex-Linken-Chef Riexinger: Ohne Wagenknecht bis zu 18 Prozent](#)
3. [Robert Habeck glücklich: Popcorn und Chip\(s\)fabriken](#)
4. [Ein Jahr IRA - die EU fällt zurück](#)
5. [Besser als ihr Ruf](#)
6. [Germany walks back plan to meet NATO spending target on annual basis](#)
7. [Putins Anti-München: Sicherheitskonferenz in Moskau](#)
8. [Festen Schrittes Hand in Hand](#)
9. [Niger: USA erkennen keinen Putsch, aber eigene Interessen](#)
10. ["Das Chaos ist unbegreiflich"](#)
11. [Das ist nicht gut. Zur Entwicklung der Ausbildung in den Pflegefachberufen am Beispiel derjenigen, die eine Pflegeausbildung anfangen](#)
12. [Endlich Daten: Ein Rückblick auf die soziale Lage in der COVID-19-Pandemie](#)
13. [Das 49-Euro-Ticket ändert nichts - es ist zu teuer](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Deals mit Flüssig-Erdgas: Die brisante Solonummer von Olaf Scholz**
Ohne ihre Finanzen zu überprüfen, überließ Kanzler Olaf Scholz zwei LNG-Glücksrittern die Energiesicherheit Deutschlands. Recherchen von stern und Business Insider werfen nun neue Fragen zu den Hintergründen auf.
Wenn sich Olaf Scholz auf eigene Faust verabredet, droht dies nicht selten in einer Politaffäre zu enden. Das Problem hatte er schon zu Zeiten als Hamburger Bürgermeister. Seine Treffen mit den beiden Inhabern der Warburg-Bank hängen

Scholz heute noch nach. Wegen krummen Cum-ex-Aktiengeschäften ermittelte damals bereits die Staatsanwaltschaft gegen die Bankiers. Mittlerweile beschäftigt die Affäre auch den Bundestag, die Union fordert einen Untersuchungsausschuss.

Seine Vorliebe für gefährliche Solonummern scheint Scholz auch als Kanzler gerne nachzugehen. Am 15. September 2022 jedenfalls sucht Scholz in seinem Bundestagswahlkreis Potsdam den Steuerberater Stephan Knabe auf. Knabe und sein Geschäftspartner Ingo Wagner, ein Immobilienmanager aus dem badischen Bruchsal, wollen damals – ein paar Monate nach dem russischen Überfall auf die Ukraine – ins Gasgeschäft einsteigen.

Dafür haben sie die Firma Deutsche ReGas GmbH & Co. KGaA gegründet und bei Investoren nach eigenen Angaben 100 Millionen Euro eingesammelt. Nun hoffen sie auf das große Geschäft. Allerdings haben weder Knabe noch Wagner Ahnung vom Energiesektor. Sie bauen auf die Unterstützung der Bundesregierung und von Olaf Scholz.

Quelle: [Oliver Schröm auf stern Online](#)

2. **Ex-Linken-Chef Riexinger: Ohne Wagenknecht bis zu 18 Prozent**

Jetzt also erklärt Riexinger, der am heutigen Zustand nicht wirklich unschuldig ist, die Entscheidung sei im Grunde bereits gefallen, und “ein Teil der Fraktion sitzt deswegen auf gepackten Koffern” und warte nur noch, “bis Frau Wagenknecht bei ihrer möglichen Parteigründung den Daumen rauf oder runter zeigt.” Wobei er dann noch von den Vorteilen einer Trennung überzeugt ist:

“So können wir wieder eine Partei werden, die gegen die soziale Krise und die Klimakrise Lösungsvorschläge unterbreitet und eine kohärente Friedenspolitik vertritt.”

Konsequent und Riexinger sind zwei Worte, die nur schwer in einen Satz passen, und das Herumgeeiere der Nicht-Wagenknecht-Linken in der Friedensfrage, das schon schwer nach “NATO mit nur ein bisschen weniger Waffen” klingt, und in der Tradition von Frau Kipping, der Pussy-Riot-Freundin, gern bereit ist, Russland zum bösen Feind zu erklären, beschränkt die mögliche Fanggemeinschaft auf jenen Pool, um den sich schon die SPD und die Grünen zanken.

Ohne eine wenigstens kritische Haltung zu den “Klimaschutzmaßnahmen” und eine Ablehnung der Sanktionen wird es auch wenig werden mit der “Partei gegen die soziale Krise”; wie soll man die Interessen der abhängig Beschäftigten politisch vertreten, wenn man im Grunde alles, was ihnen angetan wird, für nötig bis unvermeidbar hält, vom Wirtschaftsruin durch Energieentzug über die per Sanktionen geschaffene Inflation bis hin zum Habeckschen Heizwahn? Darum bitten, dass der Griff in die Taschen des gemeinen Volks vielleicht nicht die ganze Hosentasche ausräumt, sondern zwei Zentimeter davor Schluss macht?

Quelle: [Dagmar Henn in RT DE](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Frau Henn trifft mal wieder den Nagel auf den Kopf. Niemand braucht eine Partei, die sich als links bezeichnet, aber lediglich Meinungen des medialen und politischen Mainstreams zum Programm erklärt.*

3. **Robert Habeck glücklich: Popcorn und Chip(s)fabriken**

Robert Habeck meint: Künftig wird Deutschland substanziell dazu beitragen, dass Deutschland und auch gleich ganz Europa mit Halbleiterchips versorgt werden. Das kostet zwar, aber von nix kommt nix, wie man so schön sagt. Ein paar Details verschweigt Habeck mal wieder. Oder er kennt sie nicht einmal. (...)

Aus der gewünschten Summe von zwölf Milliarden Euro für die Kindergrundsicherung sind zehn Milliarden weniger geworden, mehr Geld sei nicht da, dozierte Finanzminister Christian Lindner (FDP), der gerade in die Ukraine flog, um Solidarität und - vor allem - jede Menge Geld für den Wiederaufbau und die "westlichen Werte" zu verkünden. Die zehn Milliarden, die der Kindergrundsicherung entzogen wurden, sind für Intel vorgesehen, das ein Werk in Magdeburg plant und dafür üppig belohnt wird. Und weiter geht es mit TSCM, das sich - ebenfalls für rund zehn Milliarden Euro Subventionen - in Dresden ansiedeln will.

Aber sind die kleinen Chips wirklich eine Subvention von zehn Milliarden Euro wert? Habeck ist sich sicher, aber immer, wenn er das ist, sollte man noch einmal nachhaken.

Merkwürdig wird es bereits bei der Frage, woher das Geld für TSMC kommt, nämlich aus dem Klimafonds, der eigens zur Rettung des Klimas angelegt wurde. Nun könnte man sagen, dass dieser Topf der richtige ist, dient doch im weitesten Sinne eine Verlagerung nach Deutschland für die Herstellung von Halbleiterchips über ein paar Ecken dem Klimaschutz. Das sind aber eine ganze Menge Ecken, um die man hier denken muss, denn die Produktion von Halbleiterchips ist sehr energieintensiv, verbraucht Unmengen an Wasser und sorgt für zahlreiche Abfälle. Das Werk steht also genau genommen weder für Klima- noch für Umweltschutz. (...)

Man kann sagen, dass Habeck einmal mehr wichtige Aspekte für die Subvention nicht bedacht oder bewusst ausgelassen hat. Aber wer Wirtschaftspolitik so gestaltet wie das Schreiben eines Kinderbuchs - mit viel Fantasie und ohne Kontakt zur Realität -, landet am Ende eben in einer Traumwelt.

Quelle: [Tom J. Wellbrock in RT DE](#)

4. **Ein Jahr IRA - die EU fällt zurück**

Vor einem Jahr haben die USA ihren „Inflation Reduction Act“ IRA in Kraft gesetzt, ein massives Subventionsprogramm zugunsten der (heimischen) Industrie. Bish heute hat

die EU keine adäquate Antwort gefunden – politisch und ökonomisch fällt sie zurück. Auf die schärfste Waffe – eine Klage vor der Welthandelsorganisation WTO wegen Wettbewerbsverzerrung – haben die Europäer verzichtet – vor allem Berlin war dagegen. Wirtschaftsminister Habeck ist nunmal Transatlantiker, genau wie Kanzler Scholz!

Eine französische Alternative – die Einrichtung eines milliardenschweren „Souveränitätsfonds“ – fand keine Mehrheit. Wieder stand Berlin auf der Bremse. Dabei hätten daraus EU-Hilfen finanziert werden können, um mit den USA gleichzuziehen.

So wird nun die drittbeste, ordnungspolitisch fragwürdigste Lösung umgesetzt: Die EU-Kommission hat ihre Beihilferegeln gelockert, so dass die EU-Staaten die Industrie direkt fördern können. Den größten Gebrauch davon macht ausgerechnet Deutschland!

Quelle: [Lost in Europe](#)

5. **Besser als ihr Ruf**

Chinas Wirtschaft wird heruntergeschrieben und läuft in EU deutschen Platzhirschen den Rang ab.

Könnte die chinesische Wirtschaft vom Westen wirksam heruntergeschrieben werden, wäre die Volksrepublik längst bankrott. Weil das Amt für Statistik in Beijing erklärtermaßen prüft, Studierende, die vor dem Abschluss einen Job suchen, aus der Erwerbslosenstatistik herauszurechnen, titelte das Handelsblatt am Mittwoch: »China verheimlicht Daten zur Jugendarbeitslosigkeit«. In dem Beitrag erklärte die Korrespondentin: »Die hohe Zahl der Hochschulabsolventen passt nicht zur Wirtschaftsstruktur, die noch immer stark industriell geprägt ist. China bildet am Bedarf vorbei aus.« Mit fortschreitender Entwicklung der Industrie wächst der Anteil der beschäftigten Akademiker. Das blieb genauso unerwähnt wie die Tatsache, dass auch in Deutschland die Unis aus den Nähten platzen, während die Handwerksbetriebe Azubis suchen. Grundsätzlich werden Wirtschaftsdaten aus China selektiv wiedergegeben und missgünstig kommentiert. Seit Monaten ist etwa vom freien Fall der Landeswährung der Rede. Dass der chinesische Yuan im Juli gegenüber einem bewährten Vergleichsindex aus 24 anderen Währungen, darunter US-Dollar, Euro und japanischer Yen, um 0,07 Prozent an Wert gewonnen hat, war nur in der Nachrichtenagentur Xinhua zu lesen. Und wenn nun stetig beklagt wird, der chinesische Aufschwung gerate ins Stocken, werden dabei geflissentlich die Maßgaben der Staatsführung unterschlagen. Angestrebt wird in diesem Jahr in China ein gemäßigttes Wachstum von fünf Prozent – bei Stärkung der Binnenwirtschaft zu Lasten der Exportorientierung. Es geht ganz offiziell um die Entwicklung von der »Werkbank der Welt« zur Dienstleistungsgesellschaft. Nun sind die Exporte im Juli im

Jahresvergleich um 14,5 Prozent gesunken, der Wert der Dienstleistungen aber ist um 5,7 Prozent gestiegen. Damit befindet sich die Volkswirtschaft auf dem eingeschlagenen Weg, auch wenn natürlich längst nicht alles rund läuft. (...)

Insgesamt stieg der Anteil Chinas an den EU-Importen von 2,6 Prozent im Jahre 2000 auf 8,8 Prozent im vergangenen Jahr. Der deutsche Anteil sank in diesem Zeitraum von 14,3 auf 12,5 Prozent. Bei den anspruchsvollen Industriegütern, etwa Maschinen, Chemie- oder Pharmaerzeugnissen, stieg der Anteil Chinas von 2,5 Prozent (2000) auf 13 Prozent (2022). Der Anteil Deutschlands ging von 17,7 Prozent auf 15,5 Prozent zurück.

Quelle: [junge Welt](#)

6. **Germany walks back plan to meet NATO spending target on annual basis**

The German government has retreated from a plan to legally commit itself to meeting NATO's 2% military spending target on an annual basis, a government source told Reuters on Wednesday.

A corresponding clause in a draft of the budget financing law passed by the cabinet of Chancellor Olaf Scholz on Wednesday was deleted at short notice, the source said.

The change means that Germany will be able to stick to its current pledge of meeting the 2% target on average over a five-year period.

This wording is softer than Scholz's original pledge in a speech on Feb 27, 2022, in which he announced a "Zeitenwende" or sea change three days after Russia's invasion of Ukraine.

"From now on, we will invest more than 2% of the GDP into our defence year after year," Scholz said at the time.

A German government spokesperson declined to comment on the particulars of the draft law.

NATO allies have criticised Berlin strongly in the past for not spending 2% of its gross domestic product on defence annually.

Quelle: [Reuters](#)

dazu: **Ampel will sich nicht auf jährliches Nato-Ziel festlegen**

Eigentlich wollte das Verteidigungsministerium die Nato-Verpflichtung, jedes Jahr zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für Verteidigung auszugeben, rechtlich bindend machen. Dieses Vorhaben wurde nun gestrichen.

Quelle: [Süddeutsche](#)

7. **Putins Anti-München: Sicherheitskonferenz in Moskau**

2012 startete Russland in Moskau sein eigenes Format einer globalen

Sicherheitskonferenz - damals noch im Zeichen des Kampfs um die Erhaltung des

Systems der Rüstungskontrolle. Insofern auch ohne Erfolg. Seit 2014 wird die Veranstaltung von der westlichen Seite boykottiert, jetzt gestaltet Russland sie zur Manifestation der von ihm angestrebten multipolaren Weltordnung um. Von den 102 Staaten, die in diesem Jahr eingeladen wurden – westliche waren nicht darunter –, haben immerhin 76 Vertreter geschickt, die Organisatoren sprechen von 800 Teilnehmenden. »Weltweite Isolation« Russlands sieht jedenfalls anders aus. Machtpolitischer Kern dieser multipolaren Weltordnung sind offenkundig Russland und China. Beides Atommächte, das eine Land im Besitz überreicher Naturressourcen, das andere führend in diversen Hochtechnologien, gemeinsam kaum auszuhungern durch Sanktionen: Es ist genau jenes »Heartland«, vor dessen Entstehen der britische Geopolitiker Harold Mackinder Anfang des 20. Jahrhunderts gewarnt hatte, als Hauptgefahr für die Hegemonie des britischen Empire bzw. der heute angelsächsisch geprägten »wertegeleiteten Weltordnung«. Die Vertreter Russlands und Chinas haben in Moskau ihre Verbundenheit demonstriert – und dennoch gezeigt, wo es zwischen ihren Positionen Unterschiede gibt. Wladimir Putin gab den antikolonialen Befreiungskämpfer, scheute aber auch vor Verschwörungserzählungen nicht zurück, »anonyme Kräfte« hetzten die Völker gegeneinander auf, um sie anschließend auszubeuten. Ging es nicht eine Spur konkreter? So anonym sind diese Kräfte doch gar nicht, dass man sie nicht benennen könnte. Li Shangfu dagegen hielt der ganzen Welt die Hand zum »Dialog« entgegen, betonte aber, jedes Land habe einen Anspruch auf »Entwicklung«, so wie China seinen »nationalen Modernisierungsweg« – von Sozialismus war nicht die Rede – gehe. Und, sprechend genug, bezog er bei der Aufzählung der Staaten und Staatengruppen, mit denen China gern zusammenarbeiten wolle, zwar die EU ein, überging aber die USA. Ob die Moskauer Konferenz mehr ist als eine Demonstration, ob die multipolare Weltordnung, die dort beschworen wurde, tatsächlich entsteht, wird vorerst offene bleiben. Auch, wie sich die russisch-chinesischen Beziehungen auf lange Frist entwickeln werden. Einstweilen schweißt der gemeinsame Gegner die zwei Länder zusammen. Ohne Zugeständnisse Washingtons an wenigstens einen der beiden Hauptgegner wird sich daran so schnell auch nichts ändern. Um die zu machen, müssten sich die USA neu erfinden – als einer unter vielen.

Quelle: [junge Welt](#)

8. **Festen Schrittes Hand in Hand**

China und Russland demonstrieren in Moskau Verbundenheit. Immer intensivere gemeinsame Militärübungen.

Bei der Eröffnung der 11. Internationalen Sicherheitskonferenz am Dienstag in Moskau haben die Vertreter Chinas und Russlands die Verbundenheit beider Länder und ihre gemeinsamen Interessen betont. Der chinesische Verteidigungsminister Li

Shangfu sagte, beide Länder eine der Wunsch nach einer gerechteren Weltordnung, die jedem Staat Souveränität und das Recht auf Entwicklung garantiere. Wenn sie weiter »Hand in Hand und festen Schritts« auf diesem Weg vorangingen, sei der Erfolg sicher. Li sagte, sein Land sei an militärischer Zusammenarbeit und Vertrauensbildung mit allen Ländern der Welt interessiert – bei der Aufzählung der Länder und Staatengruppierungen, mit denen China bereits auf militärischem Gebiet zusammenarbeitet, fehlten aber bezeichnenderweise die USA.

Russlands Präsident Wladimir Putin sagte, derzeit sei die Herausbildung einer multipolaren Welt im Gang. Immer mehr Staaten seien bereit, ihre Souveränität und ihre nationalen Traditionen zu verteidigen. Andererseits gebe es »unbekannte Akteure«, die alte Konflikte wiederanfachten und neue provozierten, um ihre egoistischen Hegemonialinteressen zu befördern. Putin sprach von der Gefahr, dass sich die NATO und der von den USA geschaffene AUKUS-Pakt im pazifischen Raum vollständig und auch militärisch integrierten, während gleichzeitig die Ordnung der Rüstungskontrollverträge aufgegeben werde. (...) Die USA versuchen, durch eine Kette von Stützpunkten auf den Asien im Osten vorgelagerten Inseln – Japan, Taiwan, den Philippinen – die chinesische Marine am Durchbruch in den offenen Pazifik zu hindern und gleichzeitig sich selbst die Möglichkeit zu schaffen, den chinesischen Export zu unterbrechen, der zu 90 Prozent über See erfolgt.

Quelle: [junge Welt](#)

9. **Niger: USA erkennen keinen Putsch, aber eigene Interessen**

Geopolitisches Investment: Pentagon will militärische Stützpunkte behalten.

Frankreich muss sich darauf gefasst machen, seine Truppen abzuziehen. Wagner-Chef Prigoschin bietet der Militärjunta Unterstützung an.

Die militärische Option gegen die Putschisten in Niger ist zwar formell noch auf dem Tisch, aber wenig wahrscheinlich. Die Diplomatie hat Vortritt, wie es ein französischer Analyst beschreibt.

Als begrüßenswerte Deeskalation wird das in Regierungskreisen in Paris aber nicht bejubelt. Denn nach Stand der Dinge ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich die Putschisten in Niamey an der Macht halten. Und damit wächst die Wahrscheinlichkeit, dass Frankreich seine Truppen auch aus Niger abziehen muss. Da geht gegen die geopolitischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen des Landes.

Mit solchen Interessen steht Paris nicht alleine da. Vom transatlantischen Bruder im Geiste der internationalen regelbasierten Ordnung, den USA, kommt dazu Klartext:

Niger ist ein Partner, und wir wollen nicht, dass diese Partnerschaft beendet wird. Wir haben Hunderte von Millionen Dollar in Stützpunkte in

diesem Land investiert und mit dem dortigen Militär trainiert. Wir wollen also wirklich eine friedliche Lösung für die hart erarbeitete Demokratie in Niger, und wir sind zuversichtlich, dass wir das erreichen können.

-Sabrina Singh, stellvertretende Pressesprecherin, US-Verteidigungsministerium

Auf der Pressekonferenz am gestrigen Mittwoch, den 15. August, erklärte die Pentagon-Sprecherin, dass man sich in der US-Regierung an der Sprachregelung orientiere, von einem "versuchten Staatsstreich" in Niger zu reden: "We've come very close to say, again, that this is an attempted coup", auf Deutsch: Man nähere sich dem an, "dass es sich um einen Putschversuch handelt".

Würde man von einem Putsch sprechen, hätte dies Konsequenzen für die US-Militärbasen, man könnte sie nicht ohne Weiteres aufrechterhalten. Dem steht entgegen: "Wir haben Vermögenswerte und Interessen in der Region, und unsere oberste Priorität ist es, diese Interessen und die unserer Verbündeten zu schützen." Man wolle nichts überstürzen.

Quelle: [Telepolis](#)

10. "Das Chaos ist unbegreiflich"

Ist Corona vorbei? Ja, sagt die Politik und blockt eine Fehleranalyse kategorisch ab. Nein, sie ist höchst dringlich - als Vorbereitung auf die nächste Seuche, sagen kritische Wissenschaftler:innen wie der Freiburger Medizinstatistiker Gerd Antes. [...] Herr Antes, wir zitieren die "Süddeutsche Zeitung" vom 8.10.2021: "Der Medizinstatistiker Gerd Antes ist einer der Vorreiter der evidenzbasierten Medizin. Nun hat er bei #allesaufdentisch mitgemacht, einer Videoaktion, die Querdenkerthesen verbreitet. Wie konnte es so weit kommen?"

Das war infam. So sollte ich in die Ecke der Querdenker gedrängt werden, nur weil ich die Corona-Politik der Bundesregierung von Anfang an kritisiert habe. Sollte ich das unterlassen, wenn mich die völlige Kritiklosigkeit angesichts eines fortwährenden inkompetenten Verhaltens von Staat und Politik stört? Wenn ich zusehen muss, wie meine Rechte als Bürger massiv eingeschränkt werden, ohne verlässliche Daten als Begründung dafür zu haben? Für die SZ wäre Einstein heute wahrscheinlich ein Schwurbler.

#Allesaufdentisch ist massiv angegangen worden. Die SZ notierte eine "hoch gefährliche Querdenker-Folklore", die FAZ einen "Kessel Schwurbel", die "Frankfurter Rundschau" eine "wirre Corona-Kritik".

Die Videoaktion des Schauspielers Volker Bruch habe ich unterstützt, weil sie etwas

ganz Normales gefordert hat: mehr Transparenz und einen Runden Tisch von unabhängigen Wissenschaftlern, die dem Grundprinzip ihrer Profession folgen – der Diversität. Der Motor von Wissenschaft ist der Widerspruch. Die sogenannten Leitmedien haben sich angemaßt, dieses Grundprinzip zu missachten.

Bei den Corona-Kritikern und Querdenkern treffen Sie auch auf Antisemiten, Holocaustverharmloser, Esoteriker, Alu-Hüte, Reichsbürger ...

Ich weiß natürlich, dass es sie gibt. Muss ich mich jedoch erst von ihnen distanzieren, um etwas öffentlich sagen zu dürfen? Soll ich mir jetzt vorschreiben lassen, wo ich mich äußere? Diskreditiert es diese Videoaktion, wenn ein paar Leute dabei sind, deren Ansichten ich nicht teile? Soll ich mich von ihr distanzieren, nur um nicht ins Fadenkreuz der Moralisten zu geraten, die ihre eigenen Bewertungen zum Maßstab aller Dinge machen? Ich werde das sicherlich auch künftig nicht tun. Ein unbeschädigtes Rückgrat ist mir wichtiger.

Quelle: [Kontext: Wochenzeitung](#)

11. **Das ist nicht gut. Zur Entwicklung der Ausbildung in den Pflegefachberufen am Beispiel derjenigen, die eine Pflegeausbildung anfangen**

Sie werden überall gebraucht und sie fehlen immer öfter: Pflegekräfte. Genauer: Pflegefachpersonen. Menschen, die eine qualifizierte dreijährige Ausbildung absolviert haben und die in den Krankenhäusern, in der ambulanten und stationären Langzeitpflege oder anderen Gesundheitseinrichtungen ihrer Arbeit mit einer durch die Fachausbildung grundgelegten fachlichen Expertise nachgehen (können). Es geht hier also, das muss man gerade in Deutschland leider immer wieder hervorheben, nicht um irgendwelche „Pflegekräfte“, denn darunter subsumiert man häufig auch un- und angelernte Kräfte (gerade in der Alten- bzw. Langzeitpflege ist das von großer Bedeutung).

Im Jahr 2022 haben rund 52.100 Auszubildende eine Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann begonnen. Damit ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Pflege gegenüber dem Vorjahr um 7 Prozent oder 4.100 zurückgegangen (2021: 56.300 Neuverträge), berichtet das Statistische Bundesamt unter der Überschrift 7 % weniger neue Ausbildungsverträge in der Pflege im Jahr 2022. Angesichts des heute schon überall beobachtbaren Mangels an Pflegefachkräften und mit Blick auf den weiter zunehmenden Bedarf an professionellen Pflegekräften ist das eine offensichtlich alarmierende Entwicklung, die sich hier hinter den nackten Zahlen verbirgt. Aber bleiben wir noch bei den Zahlen.

Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

12. **Endlich Daten: Ein Rückblick auf die soziale Lage in der COVID-19-Pandemie**

Hochwertige Statistiken haben in der Regel einen großen Nachteil: Die Erhebung und Aufbereitung der Daten nimmt viel Zeit in Anspruch und Ergebnisse sind oft erst Jahre

später verfügbar. Somit erlauben erst jüngst veröffentlichte Daten einen umfangreichen Blick auf die soziale Lage während der COVID-19-Pandemie. Dabei zeigt sich vor allem eine Zunahme der Armutsbetroffenheit bei gleichzeitig sehr hoher Vermögenskonzentration, noch bevor die Teuerungskrise voll Fahrt aufgenommen hat. Auch bei Statistiken gibt es wendige Schnellboote und schwere Tanker. Zur ersten Gruppe zählte in der COVID-19-Pandemie das von Wissenschaftler:innen der Universität Wien aufgesetzte „Austrian Corona Panel Project (ACPP)“. Kaum zwei Wochen nach dem ersten Lockdown wurde diese Panelerhebung ins Leben gerufen und bis Februar 2023 in 34 Wellen durchgeführt. Die Ergebnisse konnten rasche erste Indizien zur Entwicklung der Haushaltseinkommen liefern. Bereits im April 2020 zeigten die ACPP-Daten einen Anstieg der Zahl jener Haushalte, die mit einem sehr niedrigen Haushaltseinkommen von unter 1.100 Euro pro Monat auskommen mussten. Bis September 2020 meldeten vermehrt auch Haushalte in der Mitte und am oberen Ende der Einkommensverteilung Einkommensverluste, besonders Selbstständige waren betroffen.

Quelle: [A&W blog](#)

13. **Das 49-Euro-Ticket ändert nichts - es ist zu teuer**

Ein paar Vor-Corona-Abonennten zurückgewonnen, aber in Sachen Mobilitätswende ein Riesenflop: Und mit der Sparpartei FDP wird es beim 49-Euro-Ticket wohl kaum besser werden

Neulich in Brandenburg, mein Busfahrer hat es längst verstanden: Ob ich ein „49-Euro-Ticket“ habe, fragte er mich beim Einsteigen. (Der Scanner im Bus erkennt ein 49-Euro-Ticket immer erst mit großer Verzögerung.)

Die offizielle Bezeichnung „Deutschlandticket“ verwendet nur, wer nichts dagegen hat, dass das Ticket bald schon viel teurer wird. Die Regierung hat sie auch gewählt, um beim Preis flexibel zu bleiben. Mit Volker Wissing besetzt die FDP das Bundesverkehrsministerium - und deren Steuerentlastungspläne für Reiche wird wohl irgendjemand gegenfinanzieren. Wir sollten darum alle zunächst „49-Euro-Ticket“ sagen, eine rhetorische Grenze nach oben setzen. Aber eigentlich sind 49 Euro viel zu teuer.

Quelle: [Sebastian Puschner in der Freitag](#)